



Die Ampel und die Soziale Marktwirtschaft – eine ordnungspolitische Kurzbewertung –

Mehr Fortschritt wagen, mit diesem Anspruch nimmt die Ampelkoalition die Arbeit auf. Das ist auch notwendig. Deutschland steht vor einem Jahrzehnt des Strukturwandels. Dabei geht es nicht nur um den Weg Richtung Klimaneutralität und die Bewältigung der Pandemie. Es gilt auch zu verhindern, dass die Demografie zur Wachstumsbremse wird und die Sozialsysteme sprengt. Wir brauchen einen Durchbruch bei der Digitalisierung, um im internationalen Technologie-Wettbewerb nicht zurückzufallen. Als internationale Wirtschaft müssen wir Antworten finden auf den zunehmenden Protektionismus und das Machtstreben Chinas. Geldpolitische Stabilität und solide Finanzen sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft. Aus ordnungspolitischer Sicht geht es schließlich darum, die Staatsquote von 51 Prozent auf unter 45 Prozent zurückzuführen und den Kräften von Unternehmertum, Markt und Wettbewerb wieder mehr Raum zu geben.

Moderner Staat, digitale Verwaltung

Die Modernisierung und Digitalisierung von Staat und Verwaltung an die erste Stelle des Koalitionsvertrages zu stellen, ist ein hoffnungsvolles Zeichen der Ampel. Es ist überfällig, die Dauer von Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu halbieren. Zu wünschen wäre, dass zum Ende der 21. Legislaturperiode die Staatsverwaltung voll digitalisiert wäre.

Ebenso kann man es nur begrüßen, wenn die neue Bundesregierung Infrastrukturprojekte wie Bahnstrecken und Stromtrassen deutlich schneller umsetzen und Investitionen in Infrastruktur erhöhen und sichern will. Dies muss aber generell gelten und nicht nur für erneuerbare Energieträger oder andere einzelne politisch ausgewählte Projekte. Hier braucht die Ampel mehr Mut. Den Bundesverkehrswegeplan erneut auf die Prioritäten überprüfen, ist aber kontraproduktiv, weil dies nur weitere Verzögerungen zur Folge haben kann.

Digitaler Aufbruch

Ebenso zu begrüßen ist das Vorhaben, für einen digitalen Aufbruch zu sorgen. Deutschland ist in der Digitalisierung im internationalen Vergleich nur Mittelfeld. Man kann die Ampel nur ermutigen, für eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard, für sichere digitale Identitäten, IT-Sicherheit, und einen ebenso sicheren wie innovationsfördernden Rahmen für den Umgang mit Daten zu sorgen. Ob hierfür Dateninstitute oder Datentreuhänder notwendig sind, wäre zu prüfen. Es darf nicht dazu kommen, dass staatliche Bürokratie digitale Potenziale im Keim erstickt.

Innovationen

Auch das Ziel der neuen Bundesregierung, den Technologiestandort Deutschland auszubauen, ist im Grundsatz zu begrüßen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP zu steigern, ist absolut notwendig. Allerdings sollte sich die Politik davor hüten, relevante Technologiefelder selbst auszuwählen. Staatliche Strategien können Markt und Wettbewerb als Entdeckungsverfahren weder ersetzen noch vorwegnehmen. Es greift zu kurz, Innovationen ausschließlich nach klimapolitischen Kriterien zu bewerten. Auch eine Vielzahl von Einzelprojekten ist nicht zwangsläufig erfolgreich. Neue zusätzliche Agenturen und Programme bringen mehr Intransparenz, aber nicht zwangsläufig eine höhere Innovationsdynamik. Es sind die Unternehmen, die Innovationen aufgreifen und umsetzen müssen. Ordnungspolitisch besser wäre es deshalb, generell Innovationsanreize durch eine wichtige steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung zu setzen. Dazu konnte sich die Ampelkoalition aber nicht durchringen.

Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Für die Wirtschaftspolitik würde man ein eigenes Kapitel erwarten, aber keine Subsumierung unter die Klimapolitik. Man würde ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept erwarten, nicht aber eine Abarbeitung einzelner Branchen. Die Wirtschaft eines Landes ist mehr als die Summe der einzelnen Sektoren. Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen anzukündigen ist schön. Noch besser wäre es, den Rahmen zu skizzieren, der dies ermöglichen soll, wie z. B. eine überfällige Unternehmenssteuerreform. Nur mehr öffentliche Mittel anzukündigen, ist zu wenig. Carbon Contracts for Difference, CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, Mindestquoten der öffentlichen Beschaffung, staatliche Transformationscluster und Batterieprojekte, Freihandel auf der Basis sozialer und ökologischer Standards, Förderprogramme und Förderzuschüsse, immer wieder die KfW, ein voreiliges politisches Aus für den Verbrenner – das liest sich nach politisch und staatlich orchestrierter Industriepolitik, nicht aber nach freiheitlicher Ordnungspolitik.

Klimapolitik

Die Ampel setzt in der Klimapolitik auf neue Geschäftsmodelle, neue Technologien sowie den Ausbau erneuerbarer Energien und will dafür auch viel Geld bereitstellen. Das Versprechen eines technologieoffenen Weges in die Klimaneutralität ist nicht überzeugend, wenn zugleich einzelnen Sektoren konkrete Ziele vorgegeben und das „Aus des Verbrenners“ politisch verordnet wird. Das Klimaschutzgesetz soll auf Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen für einzelne erneuerbare Energieträger abstellen, der Emissionshandel wird in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Es bleibt offen, wie die Stromlücke aus dem wachsenden Strombedarf und sinkenden fossilen Kapazitäten zu wettbewerbsfähigen Preisen verlässlich geschlossen wird. Erneuerbare können das wegen ihrer Volatilität nicht. Das Vorziehen des Kohleausstiegs verschärft das Problem. Zu begrüßen ist immerhin, dass neue moderne Gaskraftwerke errichtet werden sollen. Auf Wasserstoff zu setzen ist ebenfalls richtig, von der Wettbewerbsfähigkeit und seinem breiten Einsatz sind wir hier aber noch weit weg. Den Ausbau der Energieinfrastruktur zu beschleunigen, ist dringend. Die Ausführungen zum

Strommarktdesign bleiben zu allgemein. Die EEG-Umlage muss abgeschafft werden und darf nicht über andere Wege, sprich den Haushalt, finanziert werden. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sind über die Abschaffung der EEG-Umlage und niedrigere Energiesteuern in Gänze an Verbraucher und Wirtschaft zurückzugeben. Ein CO₂-Mindestpreis ist ordnungspolitisch falsch. Internationale Klimaallianzen anzustreben ist richtig, sollte aber an die erste Stelle der Klimapolitik gesetzt werden. Die Ampel will die Wirtschaft bei der Transformation durch Förderungen, eine "Allianz für Transformation", einen Transformationsfonds der KfW, Novellierung von Beihilfeleitlinien und Industrievergünstigungen unterstützen. Aber die Wirtschaft braucht keine Staatshilfen, sie braucht Spielräume. Von einer substanziellen Unternehmenssteuerreform, die das leisten könnte, ist im Koalitionsvertrag leider nicht die Rede.

Moderne Arbeitswelt, Sozialsysteme

In der Arbeitsmarktpolitik unternimmt die Koalition alles, um die Transformation zu bremsen, statt sie zu erleichtern. Die Politisierung des Mindestlohnes und seine Steigerung auf 12,00 Euro reduziert die Beschäftigungschancen für niedrigere Einkommen und bremst die Beschäftigungsdynamik. Einfache Arbeit wird wegrationalisiert werden. Das Rentenniveau, die Rentenversicherungsbeiträge und das Renteneintrittsalter festzuschreiben, diese Rechnung geht nicht auf. Höhere Steuern und höhere Lasten für künftige Generationen sind so nicht zu vermeiden. Eine starke kapitalgedeckte Säule in der Rente einzuführen ist richtig, reicht aber nicht. An einer dynamischen Anpassung des Renteneintrittsalters führt kein Weg vorbei, wenn wir Generationengerechtigkeit ernst nehmen. Zu einer wirklichen Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen fehlt der Ampel der Wille und der Mut.

Europa

Die Ampel tritt sehr proeuropäisch auf und fordert eine demokratisch gefestigte, handlungsfähige und strategisch souveräne EU. Sie strebt für Europa eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Die EU soll handlungsfähiger und einiger auftreten. Ein föderaler europäischer Bundesstaat liegt aber in weiter Ferne. Das europäische Parlament zu stärken, ist richtig, ebenso die strategische Souveränität Europas zu erhöhen. Hier kann vieles im Grundsatz mitgetragen werden, das „Wie“ bleibt aber weitgehend offen. Ob die Ampel ihr Bekenntnis zum Stabilitäts- und Wachstumspaket hält, wird sich zeigen, wenn in der EU die Aufweichung der Schuldenregeln auf die Tagesordnung kommt. Es ist zu begrüßen, wenn die Ampel auf einen zukunftsgerichteten Einsatz der Mittel über Next Generation EU drängen will, ebenso die Innovationsoffensive für transnationale Projekte in digitale Infrastruktur, Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie Forschung und Entwicklung.

Außen- und Sicherheitspolitik

Wir erleben große geopolitische Umbrüche: „America First“ gilt auch unter Biden, nur smarter. Das geopolitische Gewicht verschiebt sich Richtung Südostasien. Wie gehen wir um mit dem Machstreben Chinas, das wir als Handelspartner gleichzeitig brauchen? Wie reagieren wir auf das aggressive Pressing Russlands, den Migrationsdruck über den Mittelmehrraum und einen

unruhigen Nahen Osten? Vor diesem Hintergrund setzt die Ampel zu Recht auf ein Festhalten am Multilateralismus und einer regelgebundenen internationalen Ordnung. Das Bekenntnis zur NATO und den NATO-Fähigkeitszielen ist ebenso zu würdigen, wie die Bereitschaft, drei Prozent des BIPs für internationales Handeln einzusetzen, worunter mehr Ressourcen für Sicherheit und Verteidigung denkbar, aber nicht zwingend sind. Es ist im Koalitionsvertrag nicht ersichtlich, ob und inwieweit wir unseren europäischen Partnern in der Rüstungsexportpolitik entgegenkommen. Die tiefen internationalen politischen Macht- und Interessenskonflikte erfordern noch eine tiefergehende Analyse, um daraus ernste Lösungsstrategien abzuleiten. Wir müssen mehr über die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands reden und entsprechende Ziele formulieren.

Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen

Die Ampel will viel in die Zukunft investieren. Das ist im Grunde auch richtig. Die Frage, wie das finanziert werden soll, bleibt aber weitgehend offen. Die Schuldenbremse einzuhalten ist zu begrüßen, ebenso, dass keine Steuern erhöht werden sollen. Steuersenkungen, die über mehr Wachstum später zu höheren Steuereinnahmen führen würden, unterbleiben aber leider auch. Ob das Finanztableau ohne Schuldentricks aufgeht, wird sich zeigen. Den Löwenanteil der Transformation werden private Unternehmen finanzieren müssen. Dazu setzt die Ampel auf die KfW-Förderung, auf Zukunftsfonds, auf Finanzierungserleichterungen für die Deutsche Bahn, d. h. auf staatliche Regie. Für einen Aufbruch reicht das nicht. Hierfür wäre eine umfassende Unternehmenssteuerreform erforderlich mit Senkung der durchschnittlichen Steuerlast auf 25 Prozent, mit einer wuchtigen steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, mit mutigen Steueranreizen für Investitionen in Start-ups und einer durchgreifenden Belebung des Kapitalmarktes (steuerfreie Kursgewinne von Aktienanlagen nach einer Spekulationsfrist). Das wäre ein starkes Aufbruchssignal, aber dazu konnte sich die Ampel nicht durchringen. Immerhin werden die Abschreibungsbedingungen verbessert.

Die Ampel: Gute Ansätze, einige Defizite, viel offen, ohne ordnungspolitische Linie

Der Koalitionsvertrag der Ampel enthält viele gute und interessante Ansätze, aber er bleibt weitgehend zu vage oder verliert sich in Einzelfragen. Politische Konflikte zwischen den Koalitionspartnern, aber auch offene Sachfragen werden übertüncht. Einige Punkte wie die Politisierung des Mindestlohns oder Verlängerung der Mietpreisbremse sind ordnungspolitisch falsch. Das gesamte Papier atmet zu sehr den Geist der politischen Steuerung der Wirtschaft. Ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept fehlt. Von Ordnungspolitik ist wenig zu sehen. Dem Anspruch, Kräfte für Fortschritt und Aufbruch freizusetzen, genügt der Koalitionsvertrag noch nicht. Es bleibt abzuwarten, wie die konkrete Regierungsarbeit ausfällt.

Weitere Informationen und V.i.S.d.P.:

Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär